



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Zur Betriebseröffnung der „Volksfürsorge“. — Gewerbeaufsicht 1912. — Feuilleton: Schriftwesen und Buchkunst im Altertum. (IV.) — Korrespondenzen (Braunschweig, Frankfurt a. M.). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Abrechnungen. — Anzeige.

Beilage: Fünfzig Jahre. (II.) — Rundschau.

Für die Woche vom 1. bis 7. Juni 1913 ist die Beitragsmarke in das mit 23 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Zur Betriebseröffnung der „Volksfürsorge“.

Am 17. Mai ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft „Volksfürsorge“ in das Handelsregister zu Hamburg eingetragen worden, nachdem die schriftliche Bestätigung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung eingegangen war. Der Geschäftsbetrieb soll mit dem 1. Juli d. J. beginnen; doch können schon jetzt Anträge auf Versicherungen entgegen genommen werden. Fast 2 1/2 Jahre hat es gedauert, bis das Werk, das damals von den beiden Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften Deutschlands in Angriff genommen wurde, nach vielen Schwierigkeiten unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Diese aus der behördlichen Genehmigungspflicht sich ergebende, durch umständliche Vorberatungen und Vorarbeiten ausgefüllte Frist ist von den geschäftlichen Segnern des neuen Unternehmens und von den politischen Widersachern der Arbeiterklasse einschließlich der Regierung weidlich ausgenutzt worden. Man hat der kaum gegründeten Volksfürsorge mehrere mächtige Konkurrenten entgegen gestellt, die ihr das Arbeitsgebiet streitig zu machen suchten. Diese Gesellschaften, die teils mit öffentlichen Mitteln, teils mit denen älterer Versicherungsunternehmen ausgestattet sind und sich der Unterstützung und Förderung der Regierungen und Behörden erfreuen, spekulieren alle auf die Beiträge der Arbeitermassen, überbieten sich in ihren Werbungen und verheißten den Versicherungslustigen Vorteile, die ihnen die seitherige Volksversicherung nicht gewährte, — sicherlich auch ein Erfolg unserer „Volksfürsorge“. Wie wenig diese Unternehmen aber infolge sind, der „Volksfürsorge“ das Wasser abzugraben, beweist die Feststellung des Landrats Graf v. Westfalen vom Kreis Bielefeld, der auf einer im April abgehaltenen vertraulichen Konferenz zur Schaffung einer „Anti-Volksfürsorge“ erklären mußte:

„Die Gewerkschaften hätten solche Tarife eingereicht, denen die Genehmigung nicht verweigert werden konnte. Es müßte in einigen Tagen die Erlaubnis zur Geschäftsführung der „Volksfürsorge“ erteilt werden. Möglich sei, daß dies sich

noch einige Zeit hinausschieben lasse, aber die Gewerkschaften bleibe bestehen und wäre doppelt so groß, weil die nationalen Gewerkschaften nicht in der Lage seien, dieser „Volksfürsorge“ etwas Ebenbürtiges zur Seite zu stellen. Aber das sei auch nicht so leicht, denn die „sozialdemokratische Volksfürsorge“ sei so gestaltet, daß sie auch wirklich den Arbeitern große Vorteile biete. Die jetzt bestehenden Versicherungen könnten lange nicht an die geplante „sozialdemokratische Volksfürsorge“ heranreichen. Durch den Zusammenschluß der 26 Gesellschaften, der bereits erfolgt sei, könne keine gleichwertige Volksfürsorge geschaffen werden. . . .“

Ja, die Aufsichtsbehörde mußte die „Volksfürsorge“ und die von ihr eingereichten Tarife genehmigen und diese Tarife sind für die Massen der Arbeiterschaft so eminent vorteilhaft, daß die Reaktionen aller Schattierungen ihre Mut kaum mehr verhalten können, sondern sich in ohnmächtigem Gebrüll Luft zu machen suchen. Man lese bloß das folgende Laborat eines Scharfmachers in den „Hamburger Nachrichten“ vom 16. Mai über die Genehmigung der „Volksfürsorge“:

„Wir stehen jetzt vor der bedauerlichen Tatsache, daß die Regierung des Deutschen Reiches es ist, welche der ihr feindlich gesonnenen Sozialdemokratie geholfen hat, den letzten gewaltigen Pfeiler ihrer Organisation aufzurichten. Nun ist der Ring der sozialdemokratischen Festung geschlossen. Der sozialdemokratischen Partei mit der politischen Presse, den sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihren Fachorganen, den Frauen-, Jugend-, Sport- usw. Vereinen mit ihren Zeitungen, den sozialdemokratischen Genossenschaften — den Erbtrosselnern des bürgerlichen Mittelstandes — schließt sich als letztes und bedeutendstes Mitglied die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ an. Es hätte doch auch der Regierung ein leichtes sein dürfen, gerade wegen ihrer Objektivität, nun auch mal nach der anderen Seite hin, abseits der Bruderliebe und des Gestammels von Menschlichkeit, ernstlich zu prüfen, welche politischen Gefahren diese Neugründung der Sozialdemokratie heraufbeschwören wird. Bei nur einigem Nachdenken würde sie — jedenfalls mit Schrecken — wahrgenommen haben, daß die Sozialdemokratie sich mit der Gründung der „Volksfürsorge“ das gefährlichste Werkzeug in ihrem Kampfe gegen Staat und Gesellschaft geschnitten haben wird. Unser Verband hat nicht nur in einem in 300 000 Exemplaren verteilten Flugblatt auf alle Einzelheiten dieser Gefahren hingewiesen, sondern auch von anderen Seiten ist seit Jahr und Tag in Wort und Schrift auf das Unheilvolle dieser Einrichtung aufmerksam gemacht worden. Alles umsonst, die Regierung hat kein Einsehen oder will es nicht haben. Schön, wenn die Regierung schon oft Sozialdemokraten ohne eigentliche Absicht durch ihr Verhalten gezücht hat, hier züchtet sie mit Willen Sozialdemokraten in „Reinkultur“. Denn alle zukünftigen Mitglieder der sozialdemokratischen

„Volksfürsorge“, ob Land- oder Industriearbeiter, ob Handel- oder Gewerbetreibende, ob Privat- oder Gemeinde-, Staats-, Reichsangestellte, sie alle sind durch ihre Beiträge an die Volksversicherung, durch ihre Hoffnungen auf spätere Vorteile für ihre Familien untrennbar mit der Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb verbunden.

Mit dem Interesse für die Entwicklung der „Volksfürsorge“ wird — geschickt durch die Organe der Anstalt genährt — das Interesse für andere sozialdemokratische Einrichtungen kommen. Und damit ist jeder, ob Mann, ob Frau, der Sozialdemokratie verfallen. Denn diese geschickte Reklamerin läßt keinen entweichen, der in die Maschen ihres Netzes geraten ist. Auf Millionen Mitglieder wird sich in Kürze die Zahl der Volksversicherung belaufen, mit Hilfe der Mitglieder der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, der Frauen- und Jugendorganisation.

Aus diesen fünf Brunnen wird die Volksversicherung zunächst ihre Mitglieder und ihre Millionen in Geldeswert schöpfen. Auf dieser gewaltigen Grundlage wird sie erfolgreich weiter bauen können, gestützt auf die großen Ueberflüsse, Zinsen usw., welche die Millionenbeiträge abwerfen werden. Trotz aller gesetzlichen Vorsichtsmaßregeln, trotz aller ordnungsmäßigen Festlegung großer Teile des Vermögens wird die „Volksfürsorge“ und damit die Sozialdemokratie eine gefährdrohende Geldgeberin werden.

Daß sie es versteht, Geld aus ihren Opfern herauszuholen, das zeigen uns die Parteibeiträge, das Vermögen der Partei von 60 Millionen, die Gewerkschaftsbeiträge von jetzt schon 72 Millionen Mark jährlich. Prophezeien ist ein schlechtes Handwerk, aber trotzdem, ein Blick auf die heutige Sozialdemokratie und ihre Organisationen berechtigt zu der Behauptung, daß die Sozialdemokratie in nicht allzuerner Zeit durch die „Volksfürsorge“ über Hunderte von Millionen verfügen wird. Nicht zum Heile des Vaterlandes! Die Regierung hat sich eines nicht wieder gut zu machen Fehlers in ihrer Pflicht zur Wahrung der heiligsten Interessen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung schuldig gemacht durch ihre Genehmigung zur Gründung der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“.

Doch überlassen wir die Landräte der Regierung ihren Verlegenheiten und die Scharfmacher ihrem Schmerz. Wir haben jetzt viel Wichtigeres zu tun. Trotz der uns widerwillig gezollten Anerkennung und trotz der die Ohnmacht der Gegner nur allzu deutlich offenbaren Wutausfälle dürfen wir keinen Augenblick daran zweifeln, daß für uns der Kampf noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern erst beginnt. Die „Volksfürsorge“ und ihre Versicherungstarife sind zwar genehmigt, der Geschäftsbetrieb freigegeben — beides konnte nicht gehindert werden. Aber jetzt beginnt der Kampf auf dem Felde der Werbearbeit. Man wird es an Verleumdungen der „Volksfürsorge“, ihrer Begründer und Mitarbeiter, an Verdrehungen und Fälschungen ihrer Versicherungsbedingungen, an bewußten oder leichtfertigen

Schädigungen ihres Rufes in Wort und Schrift, an Maßregelungen derjenigen, die sie fördern, nicht fehlen lassen. Eine Schlämmflut wird sich gegen alle diejenigen herantreiben, die den Mut haben, die Volksversicherung der spekulativen Ausbeutung zu entziehen. Das alles darf die organisierte Arbeiterklasse nicht davon abhalten, sich mit Eifer und Zähigkeit der neuen Aufgabe der Arbeiterbewegung zu widmen. Zunächst gilt es, die Werbearbeit energisch aufzunehmen und möglichst weite Volkskreise, vor allem die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Angehörigen über die Notwendigkeit und die Vorzüge der Volksversicherung in eigener Regie aufzuklären. Sodann müssen die Organisationen allerorts sich in den Dienst der „Volksfürsorge“ stellen, um den Betrieb derselben nach den Grundrissen möglicher Sparfamkeit und sozialer Wohlfahrt zu organisieren. Es muß eine Ehrensache für die Arbeiterklasse sein, das aus eigener Kraft geschaffene Unternehmen lebensfähig und zu einem Segensquell für Millionen zu machen. Keiner, der imstande ist, der „Volksfürsorge“ seine Kräfte zu widmen, entziehe sich dieser Pflicht. Niemand versage ihr die Mitarbeit und Mitbeteiligung.

Die „Volksfürsorge“ übernimmt Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Erlebensfall, Kinderversicherungen, Sparversicherung sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung. Alles Nähere erläutern die in den nächsten Tagen herausgegebenen und verbreiteten Flugblätter und Prospekte, sowie die Auskünfte der Vertrauenspersonen, die durch die örtlichen Organisationen bestellt werden. Ueber die Bestellung der Vertrauenspersonen heißt es in den vereinbarten Grundrissen des Organisationsplans:

I. Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konjunkturvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit allen ihren Funktionären in den Dienst der „Volksfürsorge“ gestellt. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Verwaltungskosten der „Volksfürsorge“ möglichst gering werden, um die so erzielte Ersparnis den Versicherten zugute kommen zu lassen.

II. Nach Möglichkeit haben deshalb die Einkassierer und Beitragsammler der Gewerkschaften auch die Einkassierung der Prämien für die „Volksfürsorge“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierfür festgesetzte Entschädigung zusteht.

III. Ueber die Art der Abrechnung der Beitragsammler, ob direkt mit dem Rechnungsführer oder mit den Ortskassierern der einzelnen

Gewerkschaften, muß in jedem Ort eine den Verhältnissen angepaßte Regelung getroffen werden. Die Verantwortung für die Kontrolle hat in jedem Falle der Rechnungsführer zu übernehmen.

IV. Es ist in allen Orten zunächst festzustellen, ob die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterkassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ nach Maßgabe dieses Organisationsplanes und den eventuell noch zu erlassenden speziellen Anweisungen des Vorstandes der „Volksfürsorge“ zu übernehmen bereit sind. Die diesbezüglichen Feststellungen werden da, wo Gewerkschaftsartikelle vorhanden sind, diese vornehmen müssen.

Haben die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterkassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ übernommen, dann sind für die von dieser nach Verufen gegliederten Organisation nicht ersetzten Versicherten vom Gewerkschaftsartikelle erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Zutasso bei diesen Versicherten besorgen.

V. Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation ins Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Bezirk ist die erforderliche Zahl von Vertrauenspersonen zu bestellen.

Die Entgegennahme von Versicherungsanträgen und die Verabfolgung von Marken für die Sparversicherung seitens der gewerkschaftlichen Einkassierer ist auch dann ihre Pflicht, wenn die zu leistende Gesamtarbeit von den Gewerkschaften nicht übernommen worden ist. Sie unterstellen den von der Verwaltungskommission und dem Rechnungsführer getroffenen Kontrolleinrichtungen der „Volksfürsorge“.

Im übrigen verweisen wir noch auf die am Schlusse unserer heutigen Nummer veröffentlichte Bekanntmachung des Vorstandes der „Volksfürsorge“.

Und nun ans Wert, damit die Absichten der Gegner zunichte werden und die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung bald zur vollen Entwicklung ihrer sozialen Fürsorge gelangen möge!

## Gewerbeaufsicht 1912.

Die preussischen Regierungs- und Gewerbe- räte haben ihre Jahresberichte fertiggestellt und entnehmen wir der dieser Lage erscheinenden amtlichen Ausgabe das Folgende: Am Schlusse des

Jahres 1912 wurden in Preußen an Gewerbe- aufsichtsbeamten gezählt: Bei den Regierungen: 33 Regierungs- und Gewerbe- räte und ein kommissarischer Gewerbe- rat (in Sigmaringen) mit 8 Hilfsarbeitern; in der Lokalverwaltung: 180 Gewerbeinspektoren mit 81 Hilfsarbeitern und 14 Hilfsarbeiterinnen, zusammen 317 Beamte. Außer diesen im Etat vorgeesehenen Beamten waren am 31. Dezember 1912 im Gewerbeaufsichts- dienste beschäftigt 12 überzählige Gewerbe- assessoren und 7 Gewerbe- referendare. Hinzuge- treten sind am 1. April 1913 noch 7 Gewerbe- inspektoren, 4 Hilfsarbeiter, 4 Hilfsarbeiterinnen. — Für den Beruf der Bergverwaltung wurden 69 Bergverwalter gezählt. Nach dem Etat von 1913 betragen die Gehälter für die Beamten der Gewerbeinspektion 1 266 000 M., außerdem setzt der Etat noch 4675 M. für Nebenbeschäftigung der Gewerbeaufsichts- beamten aus. Mit den Ausgaben für die Gewerbeaufsicht geht die preussische Regierung recht sparsam um. Da die vorhandenen Beamten nur die Hälfte der revisionspflichtigen Betriebe revidieren können, so ergibt sich hieraus schon, daß die Zahl der vor- handenen Beamten bei weitem nicht ausreicht. Dann soll man auch endlich einmal dazu über- gehen, Arbeitervertreter und Aerzte zur Gewerbe- inspektion heranzuziehen und weibliche Inspek- toren in größerer Zahl anzustellen. Als ein Mangel muß es weiter bezeichnet werden, daß die Gewerbeaufsicht noch nicht auf das Handwerk und die Hausindustrie ausgedehnt ist. Aber an- statt einer Erweiterung erleben wir in Preußen eine Einschränkung der Gewerbeaufsicht, denn bereits im Jahre 1907 hat der Handelsminister ver- fügt, daß die Kontrolle der Eisenbahnwerkstätten in Zukunft zu unterbleiben habe. Kein Wunder also, daß die Handels- und Gewerbekommission des preussischen Junterparlamentes im Jahre 1909 einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ablehnte, der dahin ging, „einen Ausbau des Systems der Gewerbeinspektion nach der Richtung hin vorzunehmen, daß zur Gewerbeaufsicht auch Aerzte und Arbeiter hinzugezogen werden und ferner, daß in jedem Gewerbeinspektionsbezirk mindestens eine weibliche Kraft angestellt wird“. Nachdem die Kommission den Antrag mit 18 gegen 3 Stimmen zu Falle gebracht hatte, gelangte er nicht einmal an das Plenum. Solange das preussische Junterparlament keine andere Zu- sammensetzung erfährt, wird man auf Ausnahme solcher und ähnlicher Anträge nicht zu rechnen haben.

Die Gesamtzahl der 1912 vorgenommenen Revisionen betrug 171 926 gegen 169 290 im Jahre

## Schriftwesen und Buchkunst im Altertum.

Von Th. Wolff-Friedenau.

### IV.

Als weiteres Schreibmaterial endlich diente auch Pergament, das aus dem ungegerbten Fell junger Schafe und Ziegen hergestellt wurde und schon in uralter Zeit von den Ägyptern erfunden worden war. Zum Beschreiben von Papyrus oder Pergament war natürlich der Stilis, das Schreibgerät für die Wachstafel, nicht geeignet; für diesen Zweck verwandte man daher ein aus Schilfrohr geschnittenes, zugespitztes und an der Spitze mit einem feinen Spalt versehenes Schreibgerät nach Art unserer Schreibfedern. Dieses Schreibrohr wurde in der späteren griechischen und römischen Zeit das allgemeine Mittel der Schriftkunst, das einen viel schnelleren und leichteren Gebrauch als der Stilis ermöglichte, daher die Ausdehnung und Entwicklung des Schreibens ungemein begünstigte. Außerdem aber stellten die Römer, allerdings nur zu sehr beschränktem Gebrauch, solche Schreibfedern auch aus Metall her. Aus gerolltem Kupferblech wurde die Feder ganz in der Form der Rohr- feder geschnitten, mit Spitze und breitem, jedoch nicht durchgehendem Spalt versehen. Solche römischen Metallfedern, die sehr interessante Vorgänger

unserer heutigen Stahlfedern sind, sind bei den Ausgrabungen von Herculaneum und Pompeji und anderen Orten, an denen die römische Kultur herrschte, aufgefunden worden. Abbildung 5 zeigt die antiken Schreibgeräte, den Stilis, das Schilfrohr und eine aus gerolltem Kupferblech hergestellte Metallfeder aus der römischen Kaiserzeit.

Die Papyrusrolle war das Buch der Alten, da die bereits erwähnten Bücher aus dünnen

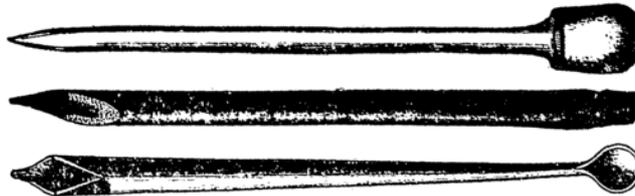


Abbildung 5. Antike Schreibgeräte.

Wachstafeln nur in ganz geringem Umfange in Gebrauch waren. Die Papyrusrollen aber wurden die Grundlage der großartigen Entwicklung der Schriftkunst, der Literatur und ebenso des Buchgewerbes des klassischen Altertums. Die Werke der Dichtkunst und der Wissenschaft, die soziale und politische Geschichte, überhaupt die ganze antike Kultur, ist auf solchen Papyrusrollen geschrieben zu unserer Kenntnis gelangt und große Mengen solcher Rollen sind in unseren Museen und öffentlichen wie privaten Sammlungen auf- gestapelt.

Wie die Papyrusblätter selbst geschrieben wurden, so erfolgte auch die Verbleifügung der Bücher mangels jedes anderen Verbleifügungs- verfahrens auf dem Wege des Abschreibens. Die Verbleifügung der Bücher wurde in Griechen- land wie in Rom gewerbsmäßig betrieben. Hier wie dort bestanden förmliche Bücherfabriken, in denen hervorragende Werke, die von allge- meinerem Interesse waren und von denen sich der Unternehmer einen gewissen Absatz versprechen konnte, in der Weise verbleifügt wurden, daß die betreffende Schrift in einem großen Saal vorgelesen und von einer größeren Anzahl von Schreibern, oftmals fünfzig bis hundert und noch mehr, gleichzeitig nachgeschrieben wurde. Der Vorleser, die Schreiber, auch die Arbeiter, die das Leimen und Binden der vollgeschriebenen Seiten zu be- sorgen hatten, also die Buchbinder in unserem Sinne, Glutinatoren genannt, waren Sklaven, die unter einem Aufseher

arbeiteten. Reiche und vornehme Leute, die im Bes- sitz einer eigenen großen Bibliothek waren, ließen auch wohl das Abschreiben einzelner Werke ihres Bücherstabes selbst durch eigene Sklaven be- sorgen. Unsere Abbildung 6 zeigt uns die Ver- bleifügung von Schriften bzw. die Art der Herstellung von Büchern bei den Alten. Wir sehen hinten an langen Tischen die Abschrei- benden Vorleser schreiben. Rechts sitzt der Aufseher mit der Geißel unterm Arm, während vorn andere Sklaven große Mengen Papyrus, teils in Be-

zuvor. Darunter befanden sich Revisionen in der Nacht 2843, an Sonn- und Festtagen 4812. Revidiert wurden 79 659 Anlagen einmal, 12 649 zweimal, 7286 drei- oder mehrmal. Weiter nahmen die Beamten an 29 167 Unfallsuntersuchungen teil. Die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe betrug 169 606 gegen 163 370 im Jahre 1911, und die Zahl der revidierten Betriebe stellte sich 1912 auf 86 509 gegen 84 861 im Vorjahre. Somit wurden nur 51 Prozent der Anlagen revidiert. Als revisionspflichtig werden nur Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern und solche, welche diesen gleichgestellt sind, angesehen. Unter den 169 606 Betrieben befanden sich 55 666 mit Arbeiterinnen über 16 Jahre und 59 736 mit jugendlichen Arbeitern. Die Gesamtzahl der in den revisionspflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter betrug 2 621 613, die der erwachsenen männlichen Arbeiter 3 579 771, die der Arbeiterinnen über 16—21 Jahre 282 227, der über 21 Jahre 398 404, der jungen Leute von 14—16 Jahren 184 003 männliche, 90 375 weibliche, Kinder unter 14 Jahren 2047 männliche und 1102 weibliche.

Ueber die ermittelten Zuwiderhandlungen betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen liegt folgendes Material vor: Die Anzahl der Anlagen, in welchen Zuwiderhandlungen ermittelt worden sind, betrug 3671, die Anzahl der Personen, die wegen der im Berichtsjahre begangenen Zuwiderhandlungen bestraft worden sind, stellte sich auf 727, Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen aus den Vorjahren erfolgte in 189 Fällen und schwebende Strafverfahren verließen 217. Die Zuwiderhandlungen betr. Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gestaltete sich wie folgt: Anzahl der Anlagen, in welchen Zuwiderhandlungen ermittelt worden sind 5858, Anzahl der Personen, die wegen der im Berichtsjahre begangenen Zuwiderhandlungen bestraft worden sind 1288, Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen aus den Vorjahren 189, schwebende Strafverfahren 174. Was die Zuwiderhandlungen selbst anbetrifft, so wurden u. a. 2878 Arbeiterinnen über die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit hinaus beschäftigt, 3053 hatten nicht die erforderliche Mittagspause, 6181 wurden verbotswidrig an Sonnabenden und den Vorabenden der Festtage beschäftigt, 623 nachts usw. Bei den jugendlichen Arbeitern wurden 1096 junge Leute zwischen 14—16 Jahren länger wie erlaubt und sogar 289 Kinder über die gesetzliche Dauer der Arbeitszeit hinaus beschäftigt. Die Frauen wurden für 2652 junge Leute nicht eingehalten, 306 zog man zur Nacht- und 247 verbotswidrig zur Sonntagsarbeit heran. Wie in früheren Jahren fielen die

Strafen meistens sehr gering aus und Geldstrafen von 3 Mk. für Uebertretungsfälle gehören durchaus nicht zu den Seltenheiten.

Was nun noch die Ueberarbeit anbetrifft, so haben auch hier die Unternehmer sich nicht zu beklagen gebraucht. So wurde 2240 Betrieben für 172 691 Arbeiterinnen an 40 053 Arbeitstagen die Ueberarbeit bewilligt und die Zahl der geleisteten Ueberstunden betrug 2 534 685<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Die Sonntagsarbeit wurde 1507 Betrieben für 3260 Sonn- und Festtage gestattet. Hier leisteten 108 820 Arbeiter 1 389 303 Arbeitsstunden an Sonn- und Festtagen. Am tollsten war die Ueber- und Sonntagsarbeit aber in der Grobsteinindustrie. Hier wurden insgesamt 631 Betriebe mit 291 711 Arbeiter gezählt. Davon haben durchschnittlich monatlich Ueberarbeit geleistet 106 269 gleich 43,37 Prozent, davon 63 403 gleich 23,85 Prozent an Sonn- und Festtagen. Die Gesamtzahl der Ueberstunden betrug 21 603 707, davon entfielen 11 502 409 auf Sonn- und Festtage. Diese Zahlen liefern uns den deutlichsten Beweis, daß die Gewerkschaften noch viel zu tun haben, um eine geregelte Arbeitszeit usw. einzuführen. Mögen die Berichte der Gewerbeinspektoren mit ihrem reichhaltigen Zahlenmaterial ein Ansporn sein, die Ueberstunden wie auch die Sonntagsarbeit energisch zu bekämpfen, um so die Zahl der Arbeitslosen wenigstens einigermaßen zu mindern.

Die auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften wird sogar von einzelnen Gewerbeinspektoren anerkannt. Dies gilt u. a. von dem Streben nach höherem Lohn und kürzerer Arbeitszeit, Einhaltung der Arbeiterrechtsbestimmungen, Beachtung der Unfallversicherungsbestimmungen usw. Mehrfach haben hier die Beamten auf erfolgte Vorleistung seitens Vertrauenspersonen der Gewerkschaften eingegriffen. Die Beamten haben neben dem statistischen Material nicht allein die Lage der Arbeiter im allgemeinen behandelt, sondern sind auch auf vorhandene Wohlfahrts-einrichtungen eingegangen. Im Anschluß daran wird dann die herrschende Lernerung erwähnt, zu deren Pinderung neben Gemeinden usw. auch vereinzelt Unternehmer den gemeinschaftlichen Einkauf von Lebensmitteln für ihre Arbeiter in die Hand nahmen.

## Korrespondenzen.

**Braunschweig.** Mitgliederversammlung vom 24. Mai. Der stellvertretende Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom zweiten Goutage des

Gauges 9. 2. Abrechnung vom ersten Quartal 1913. 3. Berichtsbeneh. Zum ersten Punkte der Tagesordnung gab der Delegierte vom zweiten Goutage ausführlichen Bericht und hob dabei besonders hervor, daß er die gestellten Zusatzanträge zur Tierbeimertigungs-Zuschußklasse nach Hinweis des Kollegen Bucher auf den nächsten Verbandstag, der sich mit dieser Einrichtung eingehend befassen wird, zurückgezogen habe, um eventuell die über diesen Punkt gepflogenen Verhandlungen zum nächsten Goutage zu verwerfen. In Hand ausgearbeiteter Tabellen wies dieser Kollege noch nach, daß die vielfach von Agitatoren anderer Verbände aufgestellten Behauptungen, es würden dort bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit höhere Unterstützungssätze gezahlt, nicht zutreffen. Nur unser Verband ist in dieser Lage des Druckerhilfspersonalis zu verbessern. Die Mitgliedschaft in anderen Organisationen, die überhaupt nicht statthaft ist, hat darum gar keinen Zweck, kann sogar bei Lohnbewegungen zum großen Nachteil für die Betroffenen ausschlagen. Sodann forberte der Delegierte noch auf, nicht mehr die Hände in den Schoß zu legen, sondern jede Kollegin und jeder Kollege müsse in ruhiger, sachlicher Weise seine noch indifferenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Weg zur Organisation weisen, alsdann sei es auch möglich, daß für die Gesamtheit die zum Teil noch recht traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden können. Hierauf wurde dem Kassierer für die Abrechnung vom ersten Quartal 1913 einstimmig Entlastung erteilt. Sodann wurde auf Wunsch unserer Wolfenbüttler Einzelmitglieder beschloffen, unser diesjähriges Sommerfest im Monat Juni in Wolfenbüttel abzuhalten. Es ist allerdings sehr wünschenswert, daß sich unsere Kolleginnen und Kollegen recht zahlreich daran beteiligen, damit wir nicht wieder, wie im vergangenen Jahre, über zu schwachen Besuch zu klagen haben. (Eingeg. 27. 5.)

**Frankfurt a. M.** Mitgliederversammlung vom 21. Mai. Diese Versammlung war wieder sehr gut besucht, doch muß der Besuch immer noch besser werden. Der Vorsitzende gab bekannt, daß am 27. Mai die Gewerbegerichtswahlen stattfinden und ersuchte die Mitglieder, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Weiter gab derselbe bekannt, daß am 8. Juni eine Rheinfahrt mit Extradampfer nach Coblenz stattfindet. Der Fahrpreis zur Hin- und Rückfahrt pro Person beträgt 5.— Mk., für Kinder die Hälfte. Die Rückfahrt erfolgt von St. Goarshausen ab per Sonderzug. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich an dieser schönen Tour teilzunehmen. Die Lithographen und Steinbrücker haben uns zur Teilnahme an einer Versammlung eingeladen, in der der Kollege Schnellbacher ein Referat hält über Schaffung eines graphischen Bundes. Auch hierzu ersuchte er die Mitglieder, soweit diese an dem Thema Interesse haben, zur Teilnahme an der Versammlung.

häftern, teils unter dem Arm getragen, hereinbringen. Bei dieser Art der Vervielfältigung waren freilich Schreib- und sonstige Fehler und Mängel noch viel häufiger wie bei den heutigen Vervielfältigungsverfahren, und der Schreibfehlerteufel mag in jener Zeit eine noch viel ärgere Rolle gespielt haben als heutigen Tages der Druckfehlerteufel, wie wir auch aus den zahlreichen Klagen der antiken Schriftsteller über die fehlerhafte Vervielfältigung ihrer Schriften entnehmen können. Auch Papyrusrollen, die sich erhalten haben, wimmeln geradezu von Schreib- und sonstigen Fehlern, die das Entziffern und Verstehen der Schriften zum Teil sehr erschwert, zum Teil sogar unmöglich gemacht haben. — Die vervielfältigten Bücher waren Gegenstand eines lebhaften Handels, und der Buchhandel war bereits damals ebenso wie die Herstellung von Büchern ein öffentliches Gewerbe. Bereits im alten Ägypten wurde mit Papyrusrollen Handel getrieben; einen regelrechten und bereits ziemlich ausgebreiteten Buch- und Papyrushandel finden wir jedoch erst im alten Griechenland, etwa seit dem 5. Jahrhundert v. Chr., wo dieses Gewerbe besonders in Athen und Korinth, den hervorragenden Orten der antiken Wissenschaft, Kunst und Literatur, blühte. Die Römer

befassten sich erst später, erst seit etwa dem dritten Jahrhundert v. Chr. und erst angeregt durch den griechischen Einfluß, mit dem Buchhandel, der sich

trieben, zugleich auch die Händler der Bücher, deren Räume, die wir durchaus als Buchläden in ganz modernem Sinne bezeichnen können, der Sammelpunkt der gesamten gelehrten und gebildeten Welt wurde, die sich hier nicht nur zum Bücherkauf, sondern auch zu literarischer Unterhaltung zusammensand. Da die gesamten Arbeiten bei der Herstellung der Bücher von unbezahlten Sklaven ausgeführt wurden, auch die verwendeten Materialien, Papier, Pergament usw., nicht allzu teuer waren und schließlich für den antiken Büchererzeuger auch noch keinerlei Notwendigkeit bestand, an die Verfasser der von ihm vervielfältigten und vertriebenen Schriften Honorar zu zahlen, so waren die Preise der Bücher, trotz der für unsere Begriffe unständlichen Art der Vervielfältigung, verhältnismäßig niedrig. Durch das ausgezeichnete Verkehrs- und Beförderungswesen der Römer, das nicht nur alle wichtigeren Orte Italiens und Griechenlands miteinander verband, sondern sich weit über fast die gesamte damalige Kulturwelt erstreckte, wurden die Bücher vertrieben. In den größeren Städten bestanden überdies Provinzialbuchhandlungen, die für die Verbreitung der aus dem Mittelpunkt des Reiches eingehenden Schriften sorgten.

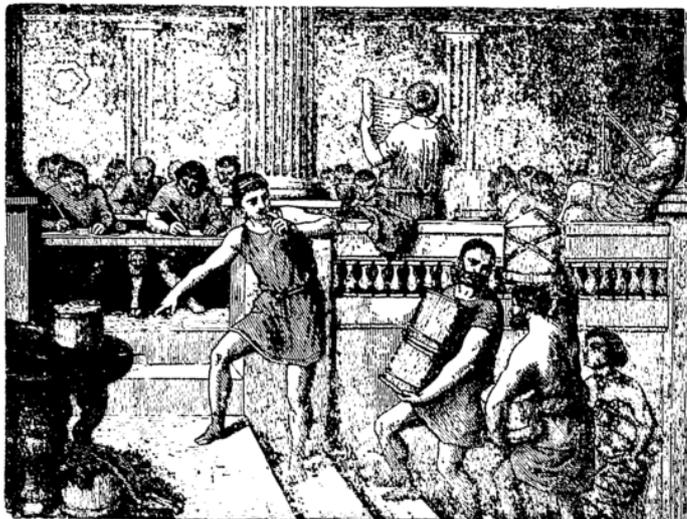


Abbildung 6. Herstellung und Vervielfältigung von Büchern bei den Römern.

dann allerdings bei ihnen sehr schnell und ausgebreitet entwickelte. Zumeist waren die Unternehmer, die das Vervielfältigen der Bücher be-

Auf Antrag des Vorstandes wurden die Kollegen Anton Brändle und Valentin Landjettel sowie die Kolleginnen Anna Schönberg und Hildegard Schläger auf Grund des § 5 Absatz c ausgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit ermahnte der Vorsitzende einen Teil der Mitglieder, die ebenfalls mit Beiträgen im Rückstand sind, diese gleich zu zahlen, andernfalls im Laufe der nächsten Woche noch weitere Ausschüsse stattfinden müssen. Der Kassierer erstattete hierauf den Kassenbericht vom ersten Quartal. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, wonach dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Ein Revisor ist von Frankfurt abgereist; an dessen Stelle wurde der Kollege Robert Schaaß gewählt. Eine Neuorganisation seitens der Verwaltung in den Versammlungen besteht darin, daß die Verwaltung in jeder nun stattfindenden Versammlung einen Diskussionsabend abhält. Diese Einrichtung hat sich glänzend bewährt. Zur Diskussion stand diesmal das Verbandsstatut. Hier zeigte es sich, wie notwendig es ist, eine Erklärung der einzelnen Paragraphen zu geben, denn nur wenige Mitglieder waren imstande, die Paragraphen richtig zu erklären. In nächster Versammlung wird über das Verbandsstatut weiter diskutiert. (Eingeg. 27. 5.)

## Rundschau.

Die Deutschen Gewerkschaften S.-D. im Jahre 1912. Das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften veröffentlicht über diese Organisationen den Jahresbericht. Wir entnehmen ihm, daß 21 Verbände der Zentralstelle angeschlossen sind, außerdem fünf selbständige Gewerkschaften, sowie einige reine Unterstützungsvereine ohne gewerkschaftlichen Charakter. Die Gesamteinnahmen betragen im Berichtsjahr 1912: 2 786 329,46 Mark, davon an Wochenbeiträgen: 2 315 875,25 Mark, die Ausgaben betragen: 2 461 716,76 Mark, so daß ein Ueberschuß von 324 612,70 Mark zu verzeichnen war, der in dem Gesamtvermögen der deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. Von den Ausgabe-posten sind folgende beachtenswert: Für Arbeitslosigkeit wurden bezahlt: 226 775,77 Mark, für Reise, Umzug, besondere Notfälle und Invalidität 90 079,20 Mark, für Sterbefälle 119 931,68 Mark, für Krankenunterstützung 766 529,68 Mark und für Streiks, Maßregelung und Aussperrung aus der Hauptklasse und den Lokalklassen 348 939,26 Mark. Für Bildungszwecke wurden 22 194,09 Mark, für Agitation 206 268,84 Mark, für Bekämpfungskosten der Hauptklassen 117 676,36 Mark, für die der Ortsvereine 218 537,54 Mark. ausgegeben; für Zeitungen 122 887,81 Mark.

Die Gesamtmitgliedszahl stieg von 107 743 Mitgliedern im Jahre 1911 auf 109 225 im Jahre 1912, das ist um rund 1500 Mitglieder. Der Bericht nennt diesen Zuwachs einigermaßen zufriedenstellend! Das zeugt von einer großen Beschleunigung, die sich allerdings die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften seit Jahrzehnten unerschrocken auferlegen müssen. Sie finden in der deutschen Arbeiterwelt keinen Anflug und darum ist ihre Existenz das reine Begeetieren. In den letzten zehn Jahren sind die Gewerkschaften um keinen Schritt vorwärts gekommen, wie folgende Differenz zeigen. Es betrug die Mitgliederzahl in den Jahren:

1903 . . .	110 215	1908 . . .	105 633
1904 . . .	111 889	1909 . . .	108 025
1905 . . .	117 097	1910 . . .	122 571
1906 . . .	118 508	1911 . . .	107 743
1907 . . .	108 889	1912 . . .	109 225

Diese Stagnation, besser gesagt, dieser Rückgang hätte eigentlich schon längst den Gedanken aufkommen lassen müssen, die Gewerkschaften aufzulösen und sie solchen Gewerkschaftsrichtungen anzuschließen, die nicht nur bisher immer mehr an Boden gewonnen haben, sondern die auch weiter hoffnungsvoll in die Zukunft schauen können.

Man bedenke, daß die freien Gewerkschaften im Jahre 1903 insgesamt 887 698 Mitglieder zählten, zehn Jahre später nur 2 1/2 Millionen. Das zeigt das gewaltige Vertrauen, das die deutschen Arbeiter in die freien Gewerkschaften gesetzt haben, gegen die nun andere Agitationsgebilde zurücktreten müssen.

Eine Auflösung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zugunsten der freien Gewerkschaften würde nicht nur angebracht, sondern auch den Gewerkschaftsmitgliedern sehr dienlich sein. Allerdings ist zurzeit an eine Auflösung der Gewerkschaften und an eine Verschmelzung dieser

Organisation mit den freien Verbänden nicht zu denken. Die Gewerkschaften müssen beglückt der Trostlosigkeit und Aktionsunfähigkeit noch mehr Erfahrungen sammeln, ehe sie ihre Leberfähigkeit erproben werden. Und das kann noch viele Jahre dauern.

Das Gesamtvermögen der S.-D. Gewerkschaften betrug Ende 1912 rund 4 1/2 Millionen Mark, davon in den Hauptklassen 1 512 670 Mark, in den Lokalklassen 316 182 Mark; in den Krankentassen 1 278 905 Mark und in den Begräbnistassen 1 392 330 Mark.

Die einzelnen besonderen Unterstützungsstellen sind es auch, die die Gewerkschaften noch aufrecht erhalten, sonst sähe es bei ihnen noch schlimmer aus, wie das die obige Tabelle über die Mitgliederbewegung zum Ausdruck bringt.

Der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1912. Das abgelaufene Geschäftsjahr stand erfreulicherweise abermals im Zeichen des Aufstieges. Am Schluß des Jahres 1912 betrug die Zahl der männlichen Mitglieder 181 273, die der weiblichen 26 324, insgesamt zählte der Verband also 207 597 Mitglieder. Die Zunahme beträgt gegen das Vorjahr 18 154. Prozentual stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 9,58 Prozent, die der weiblichen um 12,15 Prozent. Entsprechend dieser Entwicklung ist auch das finanzielle Ergebnis ein günstigeres als im Vorjahr. Die Einnahmen der Hauptklasse betragen 4 337 531 Mark. An Unterstützungen wurden verausgabt 2 093 819 Mark. Davon entfallen auf Erwerbslosenunterstützung 1 307 822 Mark, auf Streik- und Gemäßregelungsunterstützung 554 999 Mark. An Gesamtausgaben bezeichnet die Hauptklasse 3 336 575 Mark. Der Kassenbestand betrug am Schluß des vierten Quartals 3 150 978 Mark. Außerdem hatten die Lokalkassen insgesamt einen Bestand von 861 580 Mark. Das Verbandsvermögen betrug am Jahres-schluß 4 012 558 Mark.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sind im Jahre 1912 insgesamt 601 zu verzeichnen. Davon konnten 443 ohne Arbeitseinstellung erledigt werden. Angriffsstreiks waren 94, Abwehrstreiks 40 und Aussperrungen 24 durchzuführen. 84 Prozent aller Bewegungen waren erfolgreich, davon 74 Prozent ohne Arbeitseinstellung. Bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung wurde erreicht: für 13 492 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 39 910 Stunden pro Woche, außerdem für 39 642 Personen eine Lohnerhöhung von 69 229 Mark pro Woche. Insgesamt wurde erreicht eine Arbeitszeitverkürzung für 15 661 Personen von 44 681 Stunden die Woche und eine Lohnerhöhung für 45 605 Personen von 79 584 Mark die Woche. Lohnkürzungen wurden abgewehrt für 1067 Personen von zusammen 2372 Mark die Woche. Die Kosten für alle Lohnbewegungen betragen für Haupt- und Lokalkassen zusammen 795 984 Mark. Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat 1912 eine wesentliche Erweiterung erfahren. Die Zahl der abgeschlossenen Verträge betrug am Schluß des Jahres 369 (im Vorjahr 301), die Zahl der in Betracht kommenden Betriebe 611 (489) und die Zahl der unter Tarif Arbeitenden 35 425 (29 850).

Das abgelaufene Jahr kann für die in das Agitationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes fallende Arbeiterschaft als ein erfolgreiches gebucht werden. Dies konstatieren zu können, ist um so erfreulicher, als es sich um meistens ungelernete Arbeiterkräfte handelt, unter denen die Agitation erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden hat.

Aufforderung zum Terrorismus. Der Verband der Fabrikarbeiter hatte vor einigen Tagen für die Arbeiter der Papierindustrie eine Konferenz einberufen, über welche wir berichteten. Das hat sofort die Berufsorganisation der Unternehmer auf den Plan gerufen. Der Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstofffabrikanten hat unter dem 20. Mai ein Zirkular an die Papierindustriellen gerichtet, in welchem die Unternehmer aufgefordert werden:

zu untersuchen, ob beurlaubte Arbeiter den bewilligten Urlaub etwa zur Teilnahme an den Dresdener Beratungen benutzt haben, und ihre weiteren Maßnahmen danach zu treffen.

Die Arbeiter, die es wagen, für ihre Klasseninteressen einzutreten, sollen also brotlos gemacht werden.

Melbeschuß auf der Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung Leipzig 1914. Die Anmeldungen zur Industrieabteilung auf der Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung gehen so lebhaft ein, daß die Ausstellungsleitung schon jetzt in verschiedenen Gruppen eine endgültige Melde-

frist festsetzen muß, um über die Plätze disponieren zu können. Als Schlußtermin für die Anmeldungen ist daher der von Anfang an festgesetzte Tag beibehalten worden. Es empfiehlt sich, den Termin einzuhalten, da Nachfragen nach bevorzugten Plätzen und sonstige besondere Wünsche später wohl kaum noch zu den jetzigen günstigen Bedingungen berücksichtigt werden können.

## Eingegangene Druckdriften.

Arbeiter-Sekretariat Nürnberg. 18. Jahresbericht, umfassend das Geschäftsjahr 1912. Im Anhang: Die Unfallversicherung. Die Aktiengesellschaften mit Berücksichtigung der Nürnberger Aktiengesellschaften. Selbstverlag, Nürnberg, Breitegasse 25/27.

Arbeitersekretariat München. 15. Jahresbericht und Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins München für 1912. Selbstverlag, München, Altheimered 19.

Arbeiter-Turnerbund. Geschäftsbericht für das Jahr 1912. Leipzig, Selbstverlag.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Jahresbericht über die Tätigkeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912.

Die Forderungen der Straßenarbeiter an die Arbeiterkassengesetzgebung. Herausgeber: Zentralvorstand des Verbandes der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands, Berlin N.W. 21, Bielestr. 17.

Steinindustrie, Steingewinnung, Steinbearbeitung, Steinarbeiterschut. Ein gut ausgestattetes Buch von 87 Seiten mit vielen Illustrationen. Die Schrift liegt auf der „Internationalen Baufachausstellung“ in Leipzig im Gebäude der Generalkommission der Gewerkschaften aus. Herausgeber und Verleger: Verband der Steinarbeiter Deutschlands.

Die Unfallgefahr der Metallarbeiter im Bauwesen. Ein reich illustriertes Werk von 220 Seiten. Dargestellt auf Grund statistischer Erhebungen vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus Anlaß der „Internationalen Baufachausstellung“ in Leipzig 1913. Verlag Alexander Schlichte u. Cie. in Stuttgart.

„Der Kampf um die Arbeitslosen-Versicherung der Stadt Charlottenburg“, verfaßt vom Stadtverordneten Genossen Wilh. Richter, betitelt sich eine 40 Seiten starke Broschüre, die ein reichhaltiges Material für jeden Kommunal- und Sozialpolitiker in sich birgt, und zur Agitation für die kommunale Arbeitslosen-Versicherung von Nutzen ist. Die Broschüre ist zu beziehen vom Genossen Otto Flemming, Charlottenburg, Pestalozzistraße 13 (Charlottenburger Gewerkschaftskommission) zum Preise von 25 Pf. pro Stück.

Dichtung und Wahrheit über 1813. Unter diesem Titel erschien im Berliner Parteil Verlag soeben eine Broschüre, die in kurzen Zügen die Vorgänge von 1813 Revue passieren läßt. Der Inhalt zerfällt in folgende Teile: Das Zeitalter der Feste. — Das „Strafgericht Gottes“. — Die Wiedergeburt. — Das Verfassungsversprechen. — Der König rief, und alle, alle kamen. — Die anderen deutschen Fürsten. — Die Opferfreudigkeit der Besitzenden. — Die große Enttäuschung.

Der Preis der Broschüre ist 10 Pf. Sie kann durch alle Buchhandlungen, Speditoren und Kolporteurs bezogen werden.

## Abrechnungen.

Das erste Quartal 1913 haben in dieser Woche abgerechnet:

G a u III: Freiburg 24,15, Heidelberg 41,54 Mark.

G a u VI: Crimmitschau 203,38 Mark.

S. L o b a h l.

Am 21. Mai verstarb schnell und unerwartet unser Mitglied  
**Frieda Raden**  
(aus der Firma Mitteldeutsche Kunstankast W. Barthel). Ein bleibendes Andenken bewahrt ihr  
die Mitgliedschaft Leipzig.

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 22.

Berlin, den 31. Mai 1913.

19. Jahrgang.

## Fünfzig Jahre.

II.

In der allgemeinen Revolutionsbewegung hatte die deutsche Arbeiterklasse ihre besondere Entwicklung durchgemacht. Die Bourgeoisie hätte bei einigem Mute das gesamte Proletariat hinter sich gehabt. Aber da sie Angst vor ihm hatten, wurde das Klassenbewußtsein der Arbeiter schärfer herausgetrieben, als es nach der historischen Lage zu erwarten gewesen wäre. Das industrielle Proletariat wurde um so revolutionärer, je mehr sich die bürgerliche Revolution verflachte. So bald ihm der Verrat des Bürgertums klar wurde, verzichtete es auf die Leitung durch das Bürgertum und organisierte sich trotz des Bürgertums. Am 19. April 1848 bildete sich in Berlin ein Zentralkomitee für Arbeiter, an dessen Spitze Stephan Born, ein Buchdrucker, stand. Dies Zentralkomitee entfaltete eine eifrige Agitation und gab seit dem 1. Juni eine dreimal in der Woche erscheinende Zeitung heraus, die ebenfalls von Born redigiert wurde. Am 25. August berief das Zentralkomitee einen Arbeiterkongreß nach Berlin, der von 40 Vertretern besucht war, die 35 Arbeitervereinigungen vertraten. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen: Garantie der Arbeit durch den Staat, staatliche Unterstützungen industrieller Arbeiterassoziationen, staatliche Verpflegung aller hilflosen und invaliden Arbeiter, Beschränkung der übermäßigen Arbeitszeit, Reform des Steuerwesens im Interesse der arbeitenden Klassen, Abschaffung aller Lebensmittelfeuern, Nationalaschule mit unentgeltlichem Unterricht, kostenlose Rechtspflege und Einsetzung von Arbeitsministerien in den einzelnen deutschen Staaten, die aus der freien Wahl der arbeitenden Klassen hervorgehen sollten.

Ueber alle diese Punkte wurde in einer zehntägigen Verhandlung gesprochen. Wichtiger jedoch als die theoretischen Beschlüsse des Kongresses war das Organisationsstatut, das er für Arbeiter vorschlug, ein umfassender Bau von Lokal- und Bezirkskomitees mit der Spitze eines Zentralkomitees, das nach Leipzig verlegt und mit der Herausgabe eines Bundesblattes betraut wurde, das unter dem Namen der Verbrüderung, wie sich auch der neue Bund nannte, wiederum unter Borns Leitung erschien.

Dieser Bund breitete sich über ganz Deutschland aus. In allen politischen Krisen der Revolutionsjahre hielt er sich durchaus wacker, während sein soziales Programm nicht ganz einwandfrei war. Er hatte sein Programm allzu reichlich ausgestattet, was seine Kräfte zersplittern mußte. Seine Versuche, der kapitalistischen Produktionsweise den Prozeß zu machen, ehe das Proletariat die politische Macht erobert hatte, führte zu Enttäuschungen und Verlusten. Trotzdem aber trug das Organ des Bundes viel dazu bei, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken und zu schärfen, besonders auch dadurch, daß es die Lohnkämpfe der Arbeiter wirksam unterstützte. An solchen Lohnkämpfen waren die Revolutionsjahre außerordentlich reich. In Berlin zählten die Streiks nach den Märztagen allein zu vielen Dutzenden. Wie es in der Natur der Sache lag, so erzielten die Arbeiter manche augenblicklichen, jedoch keine dauernden Erfolge. Was ihnen in der Angst vor der Revolution gewährt worden war, das wurde ihnen im Uebermut der Gegenrevolution wieder entziffen. Aus einzelnen Gelegenheitsstreiks erwuchsen bei einzelnen Gewerben Ansätze dauernder und nationaler Verbände, am stärksten bei den Buchdruckern und Zigarrenarbeitern. Da das Bürgertum die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, weil sie den Profit schmälern könnte, noch heftiger bekämpfte, als ihre politisch-soziale Organisation, und dabei willige Helfershelfer in

der Polizei und Justiz fand, so wurden diese hoffnungsvollen Keime bald zerstört.

Die deutsche Arbeiterklasse war in den fünfziger Jahren noch ganz ruhig geblieben. Aber ihr Wachstum hatte gleichen Schritt mit der Entwicklung der großen Industrie gehalten. Die großindustriellen Arbeiter lebten unter ebenso traurigen Uebelständen, wie sie aus der Sturm- und Drangperiode der englischen Großindustrie überliefert worden sind. Die deutschen Arbeiter konnten sich um so weniger daraus befreien, da sie durch politische Zwangsgesetze eingeschnürt waren und auf wirtschaftlichem Gebiete durch zahlreiche Ueberreste der feudalen Gesellschaft auf Schritt und Tritt gehemmt wurden. Aus diesen Verhältnissen heraus ist es erklärlich, wenn immer noch eine enge Verbindung zwischen Bürgertum und Proletariat bestand. Wenn die Arbeiter ein derartiges Bündnis nicht verschmähen, so war es doch wieder das Bürgertum, das sich vollständig unfähig erwies, die ihm zugeteilte Rolle zu übernehmen. Es wollte die Arbeiter einfach ins Schlepptau nehmen, als eine gedanken- und willenlose Masse, die darüber getäuscht werden müsse, daß auch sie eigene Interessen habe. In dieser Absicht wurden die Arbeiter aus „Sparen“ und die „Selbsthilfe“ als alleinige Hilfsmittel ihrer Arbeit überlassen. Ober es wurden Arbeiterbildungsvereine gegründet, deren Mitglieder mit bürgerlichem Wissen genährt werden sollten. In diesen Vereinen herrschte das oberflächlichste Gerede über alle möglichen und unmöglichen Dinge vor, oder wenn sie wirklich durch Fach- oder Fortbildungsunterricht den Arbeitern helfen konnten, so war es darauf abgesehen, einen Stab intelligenter Arbeiter für die kapitalistische Ausbeutung heranzuzüchten. So herrschte denn auch die Bourgeoisie so gut wie unbeschränkt in den liberalen Arbeitervereinen. In den Statuten war gewöhnlich bestimmt, daß sie sich nicht mit politischen Fragen beschäftigen dürften, was natürlich ganz den Wünschen der Bourgeoisie entsprach, aber den Arbeitern gegenüber bedauerten sie mit kummervoller Miene, daß dieses Verbot durch das Bundesgesetz aus dem Jahre 1854 begründet sei.

Die erste sozialistische Kundgebung nach dem Jahre 1849 ging von Ferdinand Lassalle in Berlin aus, die jedoch so gut wie gar keinen Widerhall in den arbeitenden Klassen fand. Am 12. April 1862 hielt er im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt, der sich hauptsächlich aus Maschinenbauern rekrutierte, einen Vortrag mit dem etwas umständlichen Titel: „Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Gesellschaftsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“, den er dann unter dem kürzeren Titel: „Arbeiterprogramm“ in einer besonderen Schrift behandelte. Obgleich diese meisterhafte Arbeit die Gedankengänge des kommunistischen Manifestes den deutschen Verhältnissen anpaßte, wurde sie von den Arbeitern nicht verstanden. Die revolutionäre Bedeutung des „Arbeiterprogramm“ wurde aber von der Regierung sofort erkannt, gleich nach der Drucklegung wurde die Broschüre, am 28. Juni, konfisziert, ohne das zunächst eine Anklage erhoben wurde.

Im Jahre 1862 gaben nun einige an sich mehr zufällige Vorkommnisse der Arbeiterbewegung einen stärkeren Anstoß. Einmal hatte der Nationalverein, die bedeutendste politische Organisation der Bourgeoisie, zwölf Arbeiter auf die Londoner Weltausstellung geschickt, die nach ihrer Rückkehr über ihre Beobachtungen ihren Kameraden berichten sollten und wollten. Ferner hatte im September 1862 in Weimar ein Fünftlerkongreß getagt, der sich in reaktionären Forderungen überschlug und namentlich die Wiederherstellung der Zunftverfassung verlangte, die in dem größeren Teile Deutschlands in den größten Formen befestigt war. In Bayern, wo sie noch

in ihrer mittelalterlichen Herrlichkeit existierte, wurde ein Arbeitertag zum 1. November nach Nürnberg einberufen, um gegen den Fünftlertag zu protestieren. Eine noch lebhaftere Bewegung entstand in Berlin, wo inzwischen, Ende September, Bismarck aus Ruher gekommen war.

Die Berliner kamen am 25. August zum ersten Male zusammen, um den Bericht von den nach der Londoner Weltausstellung gesandten Arbeitern entgegenzunehmen. Bereits in dieser Versammlung tauchte der Vorschlag auf, einen allgemeinen deutschen Arbeitertag einzuberufen. Eine Reihe von Arbeiterversammlungen, die in den verschiedenen Stadtteilen Berlins stattfanden, befreundete sich mit diesem Gedanken, und in einer Schlußversammlung am 7. Oktober wurde ein Komitee von 25 Personen ernannt, welches den Arbeitertag vorbereiten sollte. Vorsitzender des Komitees war der Maler Eichler. Am 9. Oktober richtete Eichler im Namen des Komitees an das sächsische Ministerium das Ersuchen, im Monat November den Kongreß in Leipzig abhalten zu dürfen und am 28. Oktober erhielt er den zugesagenden Bescheid.

Ehe dieser Bescheid erging, hatte das Berliner Komitee bereits den Kongreß zum 18. November nach Leipzig berufen durch einen Aufruf, der am 22. Oktober in der Berliner Volkszeitung erschien. Der Kongreß sollte sechs Tage dauern. Auf seine Tagesordnung waren gesetzt: Gewerbe-freiheit und Freizügigkeit durch ganz Deutschland, Assoziationen und Invalidenkassen für alle Arbeiter, eine Berliner Weltausstellung, endlich gewerbliche Mitteilungen der Arbeiter, die auf der Londoner Weltausstellung gewesen waren. Eben diese Mitteilungen und der Fünftlertag in Weimar wurden in dem Aufruf als die Triebfedern des Kongresses angegeben. Irgend welche Spitze gegen die Bourgeoisie enthielt der Aufruf nicht. Im Gegenteil, er ordnete an, daß die Meldungen zum Kongreß an die Redaktionen der Berliner liberalen Zeitungen zu richten seien. Nach Einlauf dieser Meldungen wurde das Kongreßlokale in Leipzig bekannt gegeben. Obgleich dieser Aufruf der bürgerlichen Opposition gar keinen Anstoß bieten konnte, so veröffentlichte ihn die Volkszeitung doch nur in ihrem Inseraten-teile, während sie im redaktionellen Teile derselben Nummer einen den Arbeiterkongreß bekämpfenden Artikel brachte. In dem Artikel wurde die Meinung vertreten, daß die Arbeiterbewegung, mitten in dem geistigen Kampfe um die preussische Verfassung, durchaus verfehlt sei. Sie leiste zwar der Reaktion keinen bewußten, doch einen unbewußten Dienst, indem sie ihr die günstigste Gelegenheit biete, die schwankenden Anhänger der verfassungstreuen Partei mit dem Gespenste der roten Republik in ihr, der Reaktion, Lager hineinzuschleichen. Was solle überhaupt mit dieser ganzen unzeitgemäßen Bewegung bezweckt werden? Die Fragen, die auf dem Programm des geplanten Arbeiterkongresses ständen, würden von den bedeutendsten Männern der Wissenschaft und der Praxis auf den volkswirtschaftlichen Kongressen und in den Abgeordneten-häusern der verschiedensten deutschen Staaten vertreten. Unterstützt vom Volke würden diese Männer gewiß zum Siege gelangen, aber ein „bedeutungsloser Arbeiterkongreß“ könne dazu nichts helfen. Dieser Artikel mußte begreiflicherweise die Berliner und Leipziger Arbeiter verschmüpfen.

Inzwischen befaßte sich das Leipziger Zentralkomitee, den Arbeiterkongreß vorzubereiten. Mitte November erließ das Zentralkomitee einen Aufruf an die deutschen Arbeiter. Gestützt auf die Leipziger Beschlüsse vom 30. Oktober und der Berliner vom 2. November, so des Nürnberger Arbeitertages vom 1. November, forderte es zur Beschickung eines Arbeitertages mit dem Berliner Programm, von dem man, im gegenseitigen Ein-

verständnis, den Punkt die Berliner Weltausstellung betreffend, gestrichen hatte, auf und befürwortete für diesen Zweck die Bildung von Lokalkomitees. Die Lokalkomitees sollten sich mit dem Zentralkomitee in Verbindung setzen und bis Mitte Februar das Ergebnis ihrer Vorarbeiten nach Leipzig melden, dann sollte der Kongress so bald wie möglich einberufen werden. Gleichzeitig verbreitete das Leipziger Komitee eine Art Programmschrift, eine Rede, die Kosmähler am 18. November vor einer Arbeiterversammlung gehalten und dann als Broschüre unter dem Titel: „Ein Wort an die deutschen Arbeiter“ bearbeitet und herausgegeben hatte. Neben dieser Schrift von Kosmähler vertrieb das Leipziger Komitee noch eine andere Schrift, nämlich Lassalles „Arbeiterprogramm“, die nach ihrer Beschlagnahme in der Schweiz wieder neu erschienen war. Lassalles Schrift begegnete auch jetzt noch, wo sie von einer Arbeiterorganisation vertrieben wurde, sehr geteilten Empfindungen unter den Arbeitern. In Hamburg wurde sie zwar mit großem Interesse gelesen und für „bei weitem erfolgreich“ erklärt, als die Schrift Kosmählers. Aber am 25. Februar 1863 schrieb der Tischler Post in Hamburg, der zu den aufgewecktesten Proletariern der damaligen Zeit gehörte, nach Leipzig: „Was die Broschüren anbelangt, so muß ich gestehen, daß Kosmählers weit populärer ist und einen weit sicherer Erfolg für unsere Bestrebungen bietet, als die andere, die von vielen gar nicht verstanden wird und die man nur einmal jecht noch nicht der großen Masse mitteilen kann.“ Die Meinungen über die beiden Schriften gingen bald weit auseinander. Namentlich in Hamburg entstanden daraus scharfe Gegensätze. Dort hatte sich von dem Arbeiterbildungsverein, der unter der Leitung des freireligiösen Predigers Balzer ganz im Fahrwasser des Nationalvereins schwamm, schon früher eine kleine Gruppe abgespaltelt. Ihre namhaftesten Mitglieder waren August Perl und Jakob Aurborg, dessen gleichnamiger Vater bereits im Bunde der Kommunisten tätig war. Diese Gruppe begrüßte den Aufruf des Leipziger Komitees aufs Lebhafteste und berief in diesem Sinne sofort freie Arbeiterversammlungen zur Wahl eines Lokalkomitees. Dagegen setzte der Hamburger Arbeiterbildungsverein eine Kommission ein, die die Beschickung des Kongresses vorbereiten sollte. Die Folge war, daß zwischen den zwei Parteien eine leidenschaftliche Fehde ausbrach. Durch diese Meinungsverschiedenheiten drohte auch im Leipziger Zentralkomitee eine Zersplitterung einzutreten. Um diese zu vermeiden, wandte sich das Zentralkomitee direkt an Lassalle selbst. In den ersten Februartagen reisten die beiden Vorsitzenden des Zentralkomitees, Bahlteich und Dammer, nach Berlin, um sich mit Lassalle zu beraten. Die Einigung war bald erzielt, ihr Resultat ergibt sich aus den Beschlüssen vom 10. Februar. Das Zentralkomitee erließ einen Aufruf in der Koburger Arbeiterzeitung, der zwar an dem Kongress festhielt, aber vor Uebereilung warnte. An seine Zusammenberufung sei erst zu denken, wenn die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter damit einverstanden sei und selbst dazu auffordere. „Wir wünschen einen wohlvorbereiteten Kongress und Vertreter des deutschen Arbeiterstandes, welche sich über alles vollkommen klar sind.“ Gleichzeitig richtete das Zentralkomitee die offizielle Aufforderung an Lassalle, in irgend einer ihm passend erscheinenden Form seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und ihre Mittel, deren sie sich zu bedienen habe, sowie besonders über den Wert der Assoziationen für die ganz unbemittelte Volksklasse auszusprechen. Lassalle antwortete mit dem „Offenen Antwortschreiben“, das vom 1. März datiert ist. Mit dieser Schrift gab er dem deutschen Proletariat die Waffen, deren es bedurft, um seinen historischen Emanzipationskampf zu beginnen. Am 17. März beriet das Zentralkomitee die nunmehr im Druck erschienene Schrift und nahm sie nach heftiger Debatte mit sechs gegen vier Stimmen als Manifest der deutschen Arbeiterbewegung an. Das Zentralkomitee legte am 24. März sein Mandat in die Hände einer großen Versammlung nieder. Diese Versammlung erklärte sich mit 1350

Stimmen gegen 2 Stimmen für Lassalle und setzte ein neues Zentralkomitee ein, um den großen Arbeiterverein vorzubereiten.

Das „Offene Antwortschreiben“ rief in den verschiedensten Vereinen große Entrüstung und Widerspruch hervor. Eine Flut von Vorwürfen ergoß sich über Lassalle und das Leipziger Zentralkomitee, aber all die mißgelaune Arbeit der bürgerlichen Drahtzieher war vergebens. Nachdem es Lassalle gelungen war, im Rheinlande und im Maingau zu siegen, so konnte er mit Freuden nach Leipzig eilen, wo dann am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein im Pantheon gegründet worden ist.

Vertreten waren elf Städte durch zwölf Delegierte: Leipzig durch Bahlteich, Dammer und Fröhliche, Hamburg durch Aurborg und Perl, Hamburg durch Post, Köln und Düsseldorf durch Lehw, Elberfeld, Barmen und Solingen durch Hillmann, Frankfurt a. M. durch Bernhard Becker und Heymann, Mainz durch den Uhrmacher Scheppler, und endlich traf während der Verhandlung der Schuhmacher Lässig aus Dresden ein. Sonst waren noch einige Hundert Leipziger Arbeiter zugegen, viel weniger als zu den großen Arbeiterversammlungen, die im Winter stattgefunden hatten. Darüber rissen die bürgerlichen Blätter ihre Wipe, ebenso über das Lokal, das sie als „Randamionum“ (Zempel der bösen Geister) taufnten. Die geringe Beteiligung der Leipziger Arbeiter erklärt sich dadurch, daß die Verhandlungen nicht am Abend, sondern am Nachmittage stattfanden.

Konnte damals das Bürgertum noch lachen und Wipe reizen über die junge Sozialdemokratie, heute ist es ihm vergangen. Zählte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ein Vierteljahr nach seiner Gründung erst 1000 Mitglieder und konnte der Arbeiterverein bei der Wahl zum Norddeutschen Bundestag 1867 erst rund 40 000 Stimmen auf sich vereinigen, so muten uns die Zahlen mit den heutigen gar sonderbar an. Heute zählen wir eine Million politisch organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen, 1911 2 320 980 gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen und bei der letzten Reichstagswahl wurden 4 250 399 Stimmen für die deutsche Sozialdemokratie abgegeben.

Gewaltig ist der Fortschritt von 1863 bis 1913. Aber daswischen liegen auch fünfzig Jahre harter Kampf und rastlose und treue Arbeit Tausender und Zehntausender, deren Namen die Geschichte bewahrt, und die schlichte Pflichterfüllung der Braven, die ungenannt ihr Bestes für die gute Sache gegeben haben. Fünfzig Jahre Kampf und Sieg, fünfzig Jahre Verfolgung und Triumph, fünfzig Jahre Opfermut und Hingabe, fünfzig Jahre Trost und Zuversicht! Sie haben die moderne Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie groß und stark gemacht. Und die Zukunft wird das Geschlecht finden, das der Väter wert ist, das das Wort vollendet! Kr.

### Rundschau.

**Aufnahme des Geschäftsbetriebes der „Volksfürsorge“.** Unseren Freunden teilen wir hierdurch mit, daß die Anmeldung zur Eintragung der „Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungsgesellschaft, in das Handelsregister in Hamburg am 17. Mai erfolgt ist. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes, d. h. die Erhebung von Prämien für abgeschlossene Versicherungen wird in allen Orten, in welchen durch die örtlichen Instanzen, das Gewerkschaftsamt und die Verwaltung des Konsumvereins, die nach dem Organisationsplan notwendigen Vorbereitungen getroffen worden sind, am 1. Juli erfolgen.

Die Werbearbeit für die „Volksfürsorge“ dagegen beginnt schon im Monat Juni mit der Verbreitung eines vom Vorstande der „Volksfürsorge“ herausgegebenen Flugblattes und der Prospekte über die Versicherungsarten von Haus zu Haus durch die am Orte bestellten Vertrauenspersonen. Diese haben die Pflicht, nach der Verbreitung des Flugblattes überall nachzufragen, ob der Abschluß einer Versicherung für irgend ein Mitglied der Familie, Mann, Frau oder Kinder gewünscht wird. Die Vertrauensleute erhalten durch die örtlichen Rechnungsführer Bücher, in welchen sämtliche Tarife der „Volksfürsorge“ abgedruckt

sind, um an Hand derselben jedem Versicherungsnehmer die gewünschte Auskunft geben zu können, außerdem Antragsformulare und Quittungsbüchlein für das zu erhebende Eintrittsgeld.

Nur den Vertrauensleuten der „Volksfürsorge“ wird deren Aufnahmematerial verabsolgt; die Quittungen für das bei der Antragsstellung zu entrichtende Eintrittsgeld von 1.— Mk. tragen die Unterschriften der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.

Wir ersuchen nunmehr, den Aufbau der Organisation in allen Orten, in welchen dies nicht bereits geschehen ist, zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß die systematische Werbearbeit in Angriff genommen werden kann. Die bestellten Rechnungsführer wollen uns sofort über die Anzahl der für ihren Bezirk erforderlichen Flugschriften und Prospekte Mitteilung machen.

Der Vorstand der „Volksfürsorge“.  
A. von Elm. Fr. Leiche.

**Vermischtes aus den Vereinigten Staaten.** Der Staat Nebraska beschloß die Einführung fremdsprachlichen Unterrichts für alle staatlichen und öffentlichen Schulen. — Nach den bestehenden Gesetzen im Staate New York wird die Ehe jeder Frau unter 18 Jahren als Prostitution angesehen und muß, so lange die Frau nicht 18 Jahre alt ist, auf ihr Verlangen sofort annulliert werden. — In den ersten drei Monaten d. J. wurden in der Stadt New York im Straßenverkehre 106 Personen getötet. 1912 waren es in demselben Zeitraum 91, 1911 nur 54. — Im Staate Pennsylvania wurde das Tragen roter Fahnen in öffentlichen Anzügen verboten. — Ein monatelanger erbitterter Kampf gegen die Freudenhäuser in Chicago, in dessen Verlauf zahlreiche große Unternehmer wegen ihrer jämmerlichen Behandlung weiblicher Arbeitskräfte bloßgestellt und nachgewiesen wurde, daß dadurch der Erfolg der Mädchenhändler erst möglich werde, hat jetzt u. a. zur Errichtung eines „Moral-Gerichtes“ geführt, das sich nur mit allen Fällen beschäftigen soll, die auf Mädchenhandel oder Prostitution bezug haben. Dieses Gericht soll den Angeklagten hauptsächlich die Möglichkeit verschaffen, einen anderen Lebenswandel zu führen, also weniger strafend wie bessernd wirken. Nur gegen Mädchenhändler und dergleichen soll strenge vorgegangen werden. Zur Ausführung dieses Planes hat sich das Gericht mit allen sozialen und wohltätigen Vereinigungen in Verbindung gesetzt, die ihre Mithilfe bereitwilligst zusagten. — In den Staaten Colorado und Idaho, wo die Frauen Stimmrecht haben, wurden durch Volksabstimmung die Anträge auf ganzes oder teilweises Alkoholverbot abgelehnt, im Staate Nebraska aber, wo das Frauenstimmrecht mit großer Majorität verworfen worden war, wurde Schließung aller Wirtschaften und Einleitung einer Abstimmung über das völlige Alkoholverbot beschlossen. — Die Legislatur des Staates Nord-Dakota beschloß die Einführung des Frauenwahlrechtes. Die Frage muß jetzt der Volksabstimmung unterworfen werden. — Das Oberhaus des Staates Iowa stimmte dem Frauenwahlrecht zu mit der Bestimmung, daß die Frage nach Ablauf von zwei Jahren der Volksabstimmung unterbreitet werde. — Auch die Legislatur des Staates Alaska nahm das Frauenwahlrechtsgesetz an, ohne daß ein Mitglied der beiden Häuser dagegen gestimmt hätte. — Die Legislatur des Staates Californien nahm ein Gesetz an, das hohe Strafen vorsieht für jeden, der durch Inzinate Arbeiter sucht und dabei nicht deutlich anzeigt, wenn es sich um Streit oder Ausperrung handelt. — Der Gouverneur von Nebraska verwarf das von den gefesgebenden Körperschaften dieses Staates beschlossene Achtstundentagesgesetz für Frauen, weil dasselbe noch verfrüht sei. — Beide Häuser der Legislatur des Staates Wyoming stimmten einem Gesetze zu, das die Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen, mit Ausnahme der bei Telegraphen- und Telephonengesellschaften beschäftigten, auf neun Stunden pro Tag festsetzt. — Am 21. März trat im Staate Utah das „Pensionsgesetz für Mütter“ in Kraft, wonach Mütter, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen, monatlich 10 Dollar für das erste Kind und 5 Dollar für jedes weitere Kind erhalten, das sie ernähren.

„In den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist der Erfolg einer Partei wesentlich bedingt durch die Einigkeit und Geschlossenheit der Ständegenossen. Wer durch ein Sonderabkommen mit dem Gegner die Einigkeit zerstört, schädigt die Interessen seiner Ständegenossen aufs schwerste.“

(6. Zivilsenat des Reichsgerichts, Urteil vom 8. Februar 1909.)